

WARUM JETZT? DAS EUROPÄISCHE MOMENTUM

Der Angriff auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf das europäische Modell, das sich jedoch als widerstandsfähig erwiesen hat und auf den Rückhalt der Menschen verlassen kann. Millionen Bürgerinnen und Bürgern gingen im Laufe der Geschichte auf die Straße, um unsere europäischen Werte zu verteidigen. Dieselben Werte, für die auch die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen. Die Europäerinnen und Europäer haben erkannt, dass es heute mehr denn je darauf ankommt zusammenzustehen. Es besteht zurzeit eine starke Dynamik zur Unterstützung des europäischen Projekts – ein europäisches Momentum.

In der gegenwärtigen ukrainischen Tragödie prallen zwei entgegengesetzte Auffassungen der internationalen Beziehungen aufeinander. Putin erhebt den Anspruch, das Recht des Stärkeren soll Vorrang haben, Europa hingegen steht für die Stärke des Rechts. Mit dem Einmarsch in der Ukraine will Putin der Welt zeigen, dass es keinen Platz für ein anderes Modell gibt, als das der klassischen Supermächte, die die Welt in ihre Interessensphären aufteilen. Das wesentliche Merkmal Europas ist die Anerkennung der Integrität eines jeden Staates, unabhängig von seiner Größe und der Stärke seiner Streitkräfte. Europa wird sich stets für Multilateralismus und die Lösung von Streitigkeiten über Gespräche und nicht durch Gewehre einsetzen.

Wir werden uns nicht von einem Diktator erpressen lassen, der immer noch dem Glauben anhängt, dass der Einsatz von Gewalt das einzige Merkmal politischer Macht sei, an der sich die Größe eines Landes bemessen lasse.

Angesichts der aktuellen Bedrohung, müssen wir mit Nachdruck die eigenen Werte durch Regeln fördern und mit gutem Beispiel vorangehen. Dies ist ein Wesensmerkmal der Europäischen Union. Sie ist eine wertegeleitete Macht. Diesen Anspruch müssen wir verwirklichen.

Dies sind wir all jenen schuldig, die mit Hoffnung auf die EU blicken. Die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen nicht nur für ihre Unabhängigkeit, sondern auch für ihre Freiheit, den europäischen Traum zu verfolgen. Deshalb dürfen wir sie nicht allein lassen. Es kann hier keine Unparteilichkeit geben.

Dies sind wir auch uns selbst gegenüber schuldig. Populistische nationale Regierungen haben die Rechtsstaatlichkeit, den Kern unserer europäischen Demokratie, bedroht. Durch eine kurzsichtige Sparpolitik wurde das europäische Sozialmodell als Fundament unseres europäischen Projekts ausgehöhlt. Eine unwürdige Migrationspolitik erfüllt nicht die Menschenrechte, die den Grundstein der internationalen Ordnung bilden, für die Europa steht.

Es ist an der Zeit zu handeln. Auf der Konferenz über die Zukunft Europas haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihren Willen zu einer wertegeleiteten, starken, geeinten und nachhaltigen Europäischen Union zum Ausdruck gebracht. Die bestehenden europäischen Verträge verleihen der EU jedoch weder die dazu geeigneten Instrumente noch die institutionelle Architektur. Wir unterstützen daher einen Europäischen Konvent, der die Beiträge der Konferenz über die Zukunft Europas aufgreift und die EU zu einer wertegeleiteten Macht entwickelt, die in der Lage ist, ihre Grundwerte innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu wahren und nach außen zu vertreten.

WARUM WIR? DIE STÄRKE DER PROGRESSIVEN KRÄFTE

Dies ist unsere Zeit, die Zeit der progressiven Kräfte. Im 20. Jahrhundert schufen wir das System der sozialen Marktwirtschaft und den Wohlfahrtsstaat, die der Stolz und das Erkennungsmerkmal der EU sind. Wir sind bereit, das europäische Sozialmodell weiterzuentwickeln, indem wir ein Europa schaffen, das sich an den Gegebenheiten der Welt von heute ausrichtet. Es ist eine Herausforderung, die uns heute mehr denn je betrifft: Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind eng miteinander verknüpft. In dieser Zeit großer Veränderungen braucht eine gut funktionierende Demokratie eine starke soziale Dimension: Demokratie ist der Raum des Ausgleichs, der Solidarität, der Nachhaltigkeit und des Schutzes von individuellen Rechten.

Wir sind bereit, denn bei der Verteidigung der europäischen Werte und der Rechtsstaatlichkeit sind wir nie zurückgewichen. Wir sind bereit, denn wir wissen, dass unsere Demokratien und unsere Volkswirtschaften nur dann stark sein können, wenn sie Ungleichheiten, Diskriminierung und Ungerechtigkeiten bekämpfen. Wir sind bereit, denn wir wollen die Regeln einer neuen Globalisierung gestalten, die auf den Werten des Friedens und der Zusammenarbeit aufbaut und über mehr Instrumente zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit und zum Schutz des Planeten verfügt. Wir sind fest entschlossen, den Klimawandel ohne weiteren Aufschub zu bekämpfen. Wir sind bereit, weil unser Blick auf die nächsten Generationen gerichtet ist und nicht auf eine Vergangenheit, die nicht wiederkehren wird.

INSTITUTIONELLE UND POLITISCHE REFORMEN FÜR EINE WERTEORIENTIERTE MACHT

Die EU muss zunächst ihre Zielsetzungen in dieser „neuen“ Welt festlegen, um als wertorientierte Macht aufzutreten. Wir müssen auf den wesentlichen Merkmalen des europäischen Modells bestehen und dürfen sie nicht als gegeben betrachten. Anstatt lediglich einzelner politischer Maßnahmen brauchen wir weitsichtige Politik. Unser Handeln muss auf einer Vision und strategischem Denken beruhen.

Wir müssen erneut bekräftigen, dass wir eine zentrale Rolle auf der internationalen Ebene spielen wollen, indem wir die Grundsätze und Regeln des Multilateralismus als Instrumente für den Frieden und für den Kampf gegen den Klimawandel fördern. Wir müssen zur Schaffung der Regeln eines neuen wirtschaftlichen Multilateralismus beitragen, der auf gemeinsamen Sozial- und Umweltstandards beruht.

Wir müssen die Grundlagen für den Umgang mit nicht-demokratischen Ländern schaffen und dabei unsere roten Linien festlegen. Weder deren Hinnahme noch eine Abschottung sind vereinbar mit unserer europäischen Identität. Wir brauchen eine neue und eindeutige Antwort. Um eine werteorientierte Macht zu werden, muss die EU mit neuen Instrumenten ausgestattet werden, die im Einklang mit unseren Werten stehen.

In den vergangenen Monaten ist es der EU gelungen, entschlossen und wirksam zu reagieren, auch wenn die aktuellen Verträge die bestehenden Handlungsspielräume allzu sehr begrenzen. Die zurzeit bestehenden Unzulänglichkeiten gilt es zu überwinden. Dazu müssen wir zunächst die Einstimmigkeitsregel überwinden, die nach wie vor das Haupthindernis für zügige und wirksame EU-Maßnahmen darstellt. Das Vetorecht einzelner Mitgliedstaaten lähmt die EU und zwingt uns, Kompromisse zu akzeptieren, die oft zu kurz greifen.

Wir müssen von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit übergehen, um endlich die EU des 21. Jahrhunderts aufzubauen. Wir müssen eine Union schaffen, die bereit ist, eine neue Ära der Erweiterung einzuleiten, um den Ländern, die sich für Demokratie statt Autokratie entscheiden und zum Teil seit Jahren darauf warten, eine Beitrittsperspektive zu geben. Wir müssen eine demokratischere Union aufbauen, die dem Europäischen Parlament mehr Befugnisse einräumt und in der Lage ist, Mitgliedstaaten, die die Rechtsstaatlichkeit gefährden, Einhalt zu gebieten und sie zu sanktionieren. Wir müssen eine durchsetzungsstärkere Union entwickeln, die mit neuen Zuständigkeiten und mehr Eigenmitteln ausgestattet ist und das Beispiel des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU fortführt. Wir müssen eine gerechtere Union aufbauen, in der der Schutz der Bürgerinnen und Bürger, der sozialen Gerechtigkeit und der Umwelt an erster Stelle stehen.

Für uns ist der Weg klar. Wir müssen Vertragsänderungen in Angriff nehmen, um die europäischen Institutionen noch umfassender zu demokratisieren und sie in die Lage zu versetzen, schnelle und weitreichende Entscheidungen zu treffen. Wir müssen die wirtschaftspolitische Steuerung in Europa neugestalten, um öffentliche Investitionen für nachhaltiges Wachstum zu fördern. Wir müssen die europäische Integration in verschiedenen Politikbereichen vorantreiben, um geeignete Instrumente und Entscheidungsverfahren zu entwickeln, mit denen die EU neuen globalen Herausforderungen begegnen kann:

Es ist an der Zeit, die Union der Demokratie aufzubauen: Wenn wir den weltweiten Kampf zwischen Demokratie und autoritärer Herrschaft gewinnen wollen, müssen wir die Demokratie in unserer Union stärken. Das bedeutet, dass wir auf europäischer Ebene entschlossen handeln müssen, wenn wir demokratische Rückschritte in Europa feststellen, und dass wir gegen ausländische Desinformation und Einmischung in unsere europäischen demokratischen Prozesse vorgehen müssen. Das Europäische Parlament muss zum eigentlichen Zentrum der europäischen Demokratie werden und dazu mit vollständigen parlamentarischen Rechten ausgestattet werden.

Es ist an der Zeit, eine soziale Union zu errichten: Wir müssen den im Mai 2021 mit dem Gipfel von Porto begonnenen Weg fortsetzen, um Europa mit strukturellen Instrumenten zur Entwicklung eines ergänzenden europäischen Sozialsystems auszustatten. Es ist auch an der Zeit, eine Gesundheitsunion aufzubauen: Wohlergehen und Gesundheit sind Fragen der Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir müssen die Verbindung zwischen Wohlergehen, sozialem Schutz und wirtschaftlicher Entwicklung betonen und verstärken, denn dies sind die Elemente, auf denen der Europäische Sozialpakt beruht. Das europäische Projekt zielt darauf ab, Wachstum, Wohlergehen und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verknüpfen. Deshalb müssen die Verträge ein Sozialprotokoll enthalten. Ohne soziale Grundrechte gibt es keine Grundfreiheiten.

Es ist an der Zeit, unsere wirtschaftspolitische Steuerung nezugestalten, insbesondere im Rahmen der Eurozone: Wir müssen NextGenerationEU (NGEU) und den ordentlichen mehrjährigen Finanzrahmen 21-27 gerecht und rechtzeitig umsetzen und unser Versprechen einhalten, neue EU Eigenmittel zu schaffen, um den Fonds zu finanzieren. Wir müssen unsere Steuersysteme stärken, indem die Union die Einstimmigkeitsregel auch in diesem Bereich überwindet. Zudem müssen wir die finanzpolitischen Vorschriften auf der Grundlage gemeinsamer Überlegungen und der Schlussfolgerungen des NGEU überprüfen. Wir müssen die Bankenunion vollenden und die Kapitalmarktunion entwickeln. Eine demokratischere Union setzt schließlich auch eine Überprüfung des Europäischen Semesters und eine stärkere Einbeziehung des Europäischen Parlaments voraus.

Es ist an der Zeit, eine klimaneutrale Energieunion aufzubauen: Wir brauchen gemeinsame Beschaffungssysteme, gemeinsame Speicher, den Verbund von Energieinfrastrukturen und koordinierte Investitionsprojekte. Nur wenn wir diesen Weg gehen, wird es uns gelingen, eine gerechte Energiewende im Rahmen einer erneuerten europäischen Solidarität zu gewährleisten und uns von Importen fossiler Brennstoffe unabhängig zu machen, um so unseren Planeten zu schützen und unsere strategische Autonomie zu wahren. Energiesicherheit von heute bedeutet Nachhaltigkeit und saubere Energie. Wir müssen unsere Bemühungen um eine sozial gerechte ökologische Transformation beschleunigen und verstärken, damit die EU spätestens bis 2050 klimaneutral wird.

Es ist an der Zeit, eine Verteidigungsunion aufzubauen: Der Mangel an Koordination führt zu Ineffizienz und Doppelausgaben. Dies sind heutzutage absurde und untragbare Kosten. Die neuen, auf nationaler Ebene bereits vereinbarten Anstrengungen im Bereich Sicherheit und Verteidigung müssen mit dem Aufbau einer föderalen Lenkungsstruktur in diesem Bereich einhergehen, um unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Demokratien besser zu schützen.

Es ist an der Zeit, eine neue europäische Industriepolitik zu entwerfen, die mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung im Einklang und in der europäischen Tradition sozialer Wirtschaftsformen steht. Wir müssen die europäischen Unternehmen, insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), unterstützen, damit sie Innovationen vorantreiben und die ökologische und digitale Wende erfolgreich meistern können. Darüber hinaus müssen wir die Entstehung neuer Geschäftsmodelle ermöglichen, die soziale Verantwortung der Unternehmen als Schlüssel für nachhaltiges Wachstum anerkennen, die Chancen des digitalen Fortschritts nutzen und gleichzeitig bei neuen Technologien darauf achten, dass der Mensch im Mittelpunkt steht.

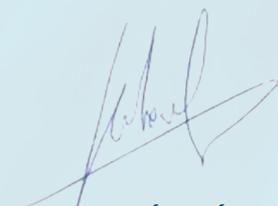
Wir müssen die gegenwärtige Dynamik nutzen. In den letzten Wochen ist es der EU gelungen, Entscheidungen in wichtigen Bereichen zu treffen, in denen sich seit Jahren nichts bewegte. Dies stellt einmal mehr unter Beweis, dass wir als Europäer stark sind, wenn wir uns einig sind. Wir müssen diese Einigkeit nutzen, um eine neue Seite in der europäischen Geschichte zu schreiben.

EIN NEUER EUROPÄISCHER KONVENT ZUR VERTRAGSREFORM

Dazu müssen wir einen neuen Europäischen Konvent einberufen, der die logische Fortsetzung der Konferenz über die Zukunft Europas ist. Dadurch beziehen wir die europäischen Bürgerinnen und Bürger in die Überlegungen, Diskussionen und den Aufbau des Europas der nächsten Generation ein. Wir sind als progressive Kraft bereit, diesen Prozess anzuführen. Wir haben die Vision, die Antworten und die Instrumente, um das Europa des 21. Jahrhunderts als eine echte werteorientierte Macht zu gestalten. Das ist unsere Herausforderung, die wir mit aller Kraft anpacken werden.



KATARINA BARLEY
EU-BEAUFTRAGTE DES SPD-
PARTEIVORSTANDES



IRATXE GARCÍA PÉREZ
EU-BEAUFTRAGTE DER PSOE



LIA QUARTAPELLE
EU-BEAUFTRAGTE DER PD

9 mai 2022
